

Berliner Tageblatt

Die unversandt eingelangte Manuskripte
werden die Redaktion keine Verantwortung.

und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur: Scheerer Wolff in Berlin,
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Die Wirkungen der polnischen Finanzkrise.

Neuausgabe von 20 Milliarden polnischer Banknoten.

Die latente Krise des Kabinetts Witos. — Die polnisch-schwedischen Beziehungen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Warschau, 9. Juli.

Trotz der außerordentlich schwierigen Finanzlage und der Festschreibung der Polens mußte sich die polnische Regierung entschließen, den Reichstages Gesetzentwurf, die die **Neuausgabe von zwanzig Milliarden an Banknoten** vorzulegen. Diese Gelegenheit benutzte die Rechtspartei, denen das mittelparteiliche neue Witos-Kabinett ein Dorn im Auge ist, zu einem neuen Anlauf gegen die Regierung. Nachdem in der vorberathenden Finanzkommission der Regierungsvorstellung gegenüber der Opposition von rechts und links nur eine Stimme Mehrheit erzielt habe, berichte wieder die Opposition in Polen, doch wurde in der Beratung des Witos-Kabinetts dadurch gestiftet, daß die Linksparteien sich der Stimmgabe enthielten. Auf diese Weise erhielt die Regierung die Genehmigung zur Ausgabe von zwanzig Milliarden neuer Banknoten und eine Manfiovollmacht für den Finanzminister, den Verkehr mit fremden Wäluen unter seine Kontrolle zu nehmen. Es ergab sich eine knappe Mehrheit von zehn Stimmen. Für den Stand der polnischen Wäluen ist die neue Situation, die trotz aller programmatischen Sparmaßnahmen der notwendigen Staatsbedürfnisse erforderlich ist, sicher kein Vorteil, aber man tröht sich damit, daß eine neue Regierungskrise, im wahrscheinlich in noch bedeutend höherem Grade abstrahlend gewesen wäre. Hebrigen ist auch darin noch nicht aller Tage Abend: Wie die äußerst kritische Debatte der letzten beiden Sitzungsstage bewies, gehen die Rechtspartei in ihren Angriffen gegen die Witos-Regierung aufs Ganze, und was diesmal nicht gelang, mag leicht beim zweiten oder dritten Vorstoß zum Ziele führen. Im so fern, als die nächste Zeit unter dem Zeichen bereits angeführter „Euthyllungen“ stehen soll, die die Regierung finanzieller Gelder zu Parteizwecken seitens der Regierungsparteien, die Korruption von Abgeordneten und vor allem — was hier besonders hervor wiegt — deren furchtbar feindliche Stellung zum Thema haben. Eine Festigung des neuen Witos-Kabinetts scheint jedenfalls durch den parlamentarischen Erfolg in der Frage der Banknotenausgabe noch keineswegs erreicht, und vielleicht haben sogar diejenigen recht, die statens für die Zeit der Krise den Umsturz zur Rechtsregierung erwarten, weil in dieser Zeit die bürgerlichen Abgeordneten, eben die Hauptstütze der Witos-Regierung, nicht in Warschau sein werden.

In Ausführung seiner neugeborenen Freundschaftspolitik gegenüber der Tschechoslowakei ging der polnische Außenminister Sturmund, wie wenigstens sehr ausdrücklich behauptet wird, mit dem Plane ein, sich schon in der kommenden Woche mit dem tschechischen Minister Dr. Benesch in polnischen Letztaorte Japano zu treffen. Vielleicht war die Anregung zu dieser ersten Aussprache, die nicht mehr durch die polnischen Wünsche auf das Tschechen zugespinnene Tschechen Gebiet gestiftet wurde, sondern von Prag ausgegangen, wo man nach dem nicht sehr erfreulichen Verlauf der Unterredungen mit den Ungarn vielleicht ein besonders hartes Ansehungsbedürfnis empfindet. Jedenfalls beunruhigt dieser Plan die polnische Öffentlichkeit stark. In einigen Blättern wurde dem neuen Herrn im Außenministerium ein etwas weniger fürmliches Tempo im Erreichen der tschechischen Ziele empfohlen und zwar auch aus den Reihen der Regierungsparteien. Man hat sich in Polen noch keineswegs über den ersten Schmerz hinweggesetzt, der bei der Stirnmunt als notwendig betonte Verzicht auf eine noch malige Aufrollung der Tschechen Frage bedeutet. Ganz besonders ist das nicht der Fall bei den Linksparteien, deren aus dem Tschechen Gebiet kommende Abgeordnete der Regierung einen scharfen Protest gegen eben diesen Verzicht Sturmunds überreichten und sich bitter über seine Ansehungsbedürfnis mit den bisherigen tschechischen Gegner austießen. Derartige Stimmungen dürften offenbar durch alle eiliges Vorgehen in der Annäherungspolitik nicht gereizt werden, da der Bestand der Witos-Regierung jeden Tag von der gutwilligen Unterthaltung der Linksparteien abhängen kann. Hinsichtlich, daß eine Begrenzung mit Benesch eine Erweiterung über Polens Beitritt zu Kleinan Entente erforderlich würde, und in dieser Hinsicht befindet man sich angelegentlich der mit Rumänien abgeschlossenen Militärkonvention einestfalls und der starken Freundschaft zu Ungarn andererseits in einem wenig angenehmen Dilemma, man würde darum lieber in der Phase der jungen Freundschaft mit Tschechen nicht hierüber beizutreten. Das Resultat all der besagten Stimmungen der Reichstages war ein anfängliches Element, wozu für die nächste Zeit keine Reise Sturmunds projiziert ist.

Die Affäre Berthelot in der französischen Kammer.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 9. Juli.

Zur gestrigen Pariser Kammerdebatte über den Raub der Ghinobant und das Telegramm des Generaldirektors Berthelot ist noch nachzutragen, daß Briand einen Strafantrag gegen Anbehalten wegen Fälschung und gegen das Werk de Paris wegen Verbreitung einer Fälschung eingebracht und erklärt hat, daß er den Fälscher bestrafen werde, auch wenn dieser dem Paris eingestehen sollte. Briand soll aber noch weit mehr getan haben. Bei einer Begegnung mit dem General Gellena nach Schluß der Sitzung soll er gesagt haben, Philipp Berthelot sei zwar ein ehrenwerter Mann, aber es werde schwer sein, ihn in seinem Amt zu belassen. Briand betritt, dies gelang zu haben. General Gellena hat behauptet aber, daß an den Worten Briands kein Zweifel sei. Das „Echo de Paris“ erklärt, dem Vorwurf mit Hintergedacht nach dem Geheimnis reproduziert zu haben. Es habe auch für ganz gleichgültig gehalten, ob die Hintergedacht von Berthelot oder von Briand geleitet war, denn dieser, der damals verantwortliche Minister war, hätte von der Angelegenheit wissen müssen. Durch diese Erklärung wird die Sachlage aber nicht geändert, sondern im Gegenteil noch käuflicher. Trotz der Erklärung der Beteiligten wird sie sicherlich noch politische Folgen haben.

Das englische Vorgehen gegen die russische Delegation in Konstantinopel.

Der Protest Kraffins und die Rückwirkung auf die englisch-russischen Handelsbeziehungen.

(Privatmeldung.)

London, 9. Juli.

Die Londoner Blätter weisen darauf hin, daß die von den britischen Behörden in Konstantinopel gegen die bolschewistische Handelsdelegation getroffenen Maßnahmen einen wesentlichen Einfluß auf die durch das Raffin-Abkommen getragenen Beziehungen zwischen England und Rußland haben dürften. Kraffins habe nämlich gegen die Verschöpfung der Leiter der Verhandlungen, die sämtlich der russischen Delegation in Konstantinopel angehören, Protest eingelegt. Er begründet dies mit dem Hinweis darauf, daß die Engländer die diplomatische Unverserblichkeit der Kompletretreter anerkannt hätten, und daß britische Offiziere sie also nicht verhaften dürften. Andererseits wird bemerkt, daß, falls es zuträfe, daß Konstantinopel in gewisser Hinsicht faktisch als britisches Gebiet anerkannt werde, die politische Verantwortung der Russen dort verbleiben würde. Es heißt, daß davon die Rede sei, die Raffin-Abordnungen, die ohne die für den Handel erforderlichen, aus diesem Grunde zu annullieren.

Aus den Londoner Blättern ergibt sich, daß der französische und der italienische Kommissar in Konstantinopel sich vollständig damit einverstanden erklärten, daß General Harrington eine Unterredung mit Kemal Pascha einleite. In ähnlichen Kreisen vertritt man die Auffassung, daß, wenn Kemal Pascha die Re-

gierung in Konstantinopel übernehme, in London niemand etwas dagegen haben würde, nachdem der Sultan sich prinzipiell zum Austritt bereit erklärt habe. Allerdings müßte Kemal Pascha auch den Vertrag von Sevres unterzeichnen, falls die Beziehung niemals einleiten, da einem Sultan aus Englands Standes gerade kein Kampf gilt. Die R. O. zwar seien gewisse finanzielle Hilfen möglich, aber die Anerkennung der freien Durchfahrt durch die Dardanellen müsse zu jeder Zeit bestehen bleiben. Falls Kemal hiermit nicht einverstanden wäre, könne aus dem ganzen Plan nichts werden, und die Entente wäre gezwungen, Konstantinopel bis auf weiteres besetzt zu halten.

Waffenruhe im irischen Bürgerkrieg.

De Valera kommt nach London.

London, 8. Juli.

Nach einer amtlichen Reiter-Meldung ist bereit worden, daß die Feindseligkeiten in Irland am Montag eingestellt werden sollen.

London, 9. Juli. (Reuter.)

Der Dubliner Lordmayor verlas gestern eine Erklärung über den Zustandekommen des Waffenstillstandes in Irland der vor dem Stadthause stehenden großen Menschenmenge. Diese brach in Jubelrufe aus und lang patriotische irische Lieder. Beim Erscheinen de Valeras, der das Stadthaus verließ, erreichte die Begeisterung ihren Gipfel. Er wurde mit tosenden Zurufen begrüßt und hatte die größte Mühe, zu seinem Wagen zu kommen. Beim Erscheinen des Generals Mac Swaid, Oberstkommandierenden in Irland, erkundeten teilweise freundschaftliche, teilweise aber auch hülfe zu hören. Die Morgenblätter, mit Ausnahme der „Morning Post“, verzeichnen mit Genugthuung den Abschluß der Waffenruhe in Irland und geben der Hoffnung Ausdruck, daß dieses Ergebnis die Einleitung zu einer endgültigen Lösung des irischen Problems sein werde.

De Valera erwiderte Lord George auf dessen Einladung zu einer Konferenz in London, er sei bereit, mit Lord George zusammenzutreffen und mit ihm zu verhandeln. Der von Lord George im Namen der britischen Regierung ausgesprochene Wunsch, den Jahrbücher während des Zeitraumes zwischen den Wäluen zu beenden und Beziehungen einer nachbarlichen Harmonie herzustellen sei auch der wichtigste Wunsch des irischen Volkes.

Eine Ministerkonferenz der Kleinen Entente.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Brag, 9. Juli.

Die „Prager Presse“ meldet, daß der jugoslawische Ministerpräsident Petlich demnächst in Marientbad eintrifft und zu gleicher Zeit der rumänische Minister des Aeußen, Zatu Jonciu, nach Karlsbad kommt. Höchstwahrscheinlich werde es bei dieser Gelegenheit zu einer Zusammenkunft der beiden Staatsmänner mit dem tschechischen Minister des Aeußen, Dr. Benesch, zustande kommen.

Gefundung.

Von [Redaktion verboten.]

Dr. Ludwig Haas (Karlsruh),
Mitglied des Reichstages.

Der Volksparteiler D. Dr. v. Campe hat einen wertvollen Artikel in die „Tägliche Rundschau“ geschrieben. Das deutsche Bürgertum könnte unendlich viel aus den Ausführungen Campes lernen; vielleicht hängt geradezu die deutsche Zukunft davon ab, ob weite Kreise des Bürgerturns nicht doch noch sich zu Gedankengängen zurückfinden, wie sie Campe darlegt.

Campe laßt zunächst darüber, daß die Reichsregierung und die preussische Regierung keine zuverlässigen Mehrheiten hinter sich haben. Wenn die Anschauungen Campes in seiner Partei herrschend und maßgebend wären, hätten wir eine sichere Mehrheit für eine starke Polizei der Staatsnotwendigkeiten. Ein Zweites vermag Campe. Das deutsche Volk ist noch nicht zur Demokratie erzogen. Deshalb wählt es, wie im allen Demokratien, schwach damit die Regierung und jammer dann auch noch nachträglich über die Schwäche. Das kann anders werden, wenn das Volk und besonders die bürgerlichen Schichten erst einmal den demokratischen Staat richtig begreifen haben.

Aber Campe sieht im demokratischen Staat trotz seiner heutigen Schwäche eine Lebensnotwendigkeit des Reichslands. „Demokratie wird die Grundlage unseres Staates sein — oder wir werden nicht mehr sein. Und im Rahmen des Parlamentarismus wird sich unser politisches Leben abspielen oder wir werden uns bis zu völliger Ohnmacht zurückziehen. Nur wer sich auf diesen Boden stellt, kann heute aufbauen. Realpolitik fordert das. Ideologen gehören nicht ins politische Leben.“ Das sind gute Worte; wenn die Freunde Campes sie in das Volk tragen und uns, die wir daselbst lagen, nicht mehr als Ideologen betrachten, wäre für die Autorität des Staates viel gewonnen. Nicht wegen darüber, daß viele Volksparteiler in ihrem Tugde mit den Deutschnationalen das Ansehen unseres Staates tagaus und nacht ein untergraben.

Und dann sagt Campe: „Staatspolitisches Verantwortlichkeitsgefühl sollte die Parteischablonen endlich zerprengen.“ Einverstanden! Seit dem November 1918 hat die Deutsche demokratische Partei unter Zurücklassung aller parteipolitischen und parteifaktischen Erwägungen lediglich das staatspolitische Verantwortlichkeitsgefühl entscheidend sein lassen. Das Bürgertum hat es uns nicht gelohnt und die Deutsche Volkspartei hat es weidlich ausgenutzt. Das wird uns nicht hindern, unseren Weg der staatlichen Notwendigkeiten weiterzugehen; aber wie viele gewonnen, wenn die Deutsche Volkspartei die Lehre vom staatspolitischen Verantwortlichkeitsgefühl in ihren Kreisen verbreiten würde. Vielleicht hat die Deutsche Volkspartei in den Monaten, in denen sie der Regierung angehörte, gemeist, wie schädlich ihr selbst die Erziehung weiter bürgerlicher Schichten zu einseitiger Kritik und zur Abkehr von der Erkenntnis der Staatsnotwendigkeiten geworden ist. Es sollte eine Art der Opposition und Agitation geben, die eine Partei, die eines Landes wieder Regierungspartei sein kann, um ihrer selbst willen ablehnt. Aber auch hierbei geht es nicht um die Partei, sondern um den Staat. Unser Volk muß begreifen lernen, daß unsere Not nicht von der heutigen Regierung verschuldet ist, daß sie in Kaiser, keine Kompensierung und kein Aufbruch in die Zukunft hat. Auch diese Erziehung ist nötig, wenn die Autorität des Staates sichergestellt werden soll.

Campe will mit Recht, daß alle politischen Anschauungen im Staate zur Geltung kommen sollen. Voraussetzung ist nur, daß sie den Staat, so wie er heute ist, bejahen. Auch für dieses Wort soll man Campe danken. Im den Staat aber erwidert er sich ein außerordentliches Verdienst, wenn er den Schichten, die mit seiner Partei sympathisieren, klar macht, daß man um des Volkes willen die Republik bejahen muß und daß man in führenden und verantwortlichen Stellen den nicht ertragen kann, der den Staat sabotiert.

Und zum Schluß drei Sätze Campes, die unendlich viele Volksparteiler immer noch ablehnen: „Eine Politik des Sie bürgerlich, die sozialistisch wäre von Lieber. Sie be deutete Klassenkampf, innere Zersplitterung, vielleicht mehr noch. Wer die ehrliche Mitarbeit der Sozialdemokratie ablehnt, lebt nicht in der neuen Zeit.“

Auch das sind gute Worte, deren Verbreitung gerade in den Kreisen der mehr rechts gerichteten bürgerlichen Schichten notwendig ist, wenn die bürgerliche Öffentlichkeit für die Staatsnotwendigkeiten näher bringen könnte. Man darf aber wertvolle Gedanken dann nicht nachträglich aus parteifaktischen Erwägungen mit schlechten Veriten torfslagen. Zu böß und zu dumm war der Vers:

Von roten Fesseln macht uns frei
Aber die Deutsche Volkspartei.

Das war nicht eine gelegentliche Entgeißelung, wie sie jeder Partei vorgeworfen werden kann. Es war die Rücknahme auf eine in bürgerlichen Kreisen weitverbreitete

Wohnungsflug und Wohnungskultur.

In der Kasse zum Kommunalabgabengesetz, die vom preussischen Senat in erster Lesung beraten und zur weiteren Erledigung dem Gemeindevorstande überwiehen wurde, findet sich neben vielen anderen Bestimmungen zur Erleichterung neuer kommunaler Steuerquellen auch eine Bestimmung, die sich mit der Besteuerung des Wohnungsfluges beschäftigt.

Die Gemeinden sind beauftragt, von Wohnungen, welche im Verhältnis zur Zahl der Bewohner und zur Zweckbestimmung der Räume als überflüssig anzusehen sind, eine Wohnungssteuer zu erheben.

In der Begründung wird dazu gesagt, daß bei der herrschenden Wohnungsnot eine Besteuerung des tatsächlich genutzten Wohnungsfluges gerechtfertigt ist. Ein solcher Zweck liegt aber nicht vor, wenn ein Steuerpflichtiger entsprechend seiner sonstigen Lebenshaltung ein gewisses Mehr an Zimmern über die Zahl seiner Haushaltungsangehörigen hinaus oder Räume inne hat, die nach ihrer Zweckbestimmung in der von ihm vorgesehenen Weise benutzt werden können.

Die Rufenausweisung aus Bayern.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Zu der Beschwerde der russischen Vertreter in Berlin wegen der Ausweisung der russischen Volkswirtschaftler aus Bayern durch die bayerische Staatsregierung erklärt die bayerische Sozialdemokratische Partei... Die beiden Sozialdemokraten Rastbach und Josef Deutschmann waren mit einem diplomatischen Auftrage ausgestattet, der das Ziel hatte, die beiden bayerischen Beamten vor dem Reichstag zu beschuldigen... Die beiden Beamten wurden aber nicht mit Rücksicht auf die russischen Bestimmungen vom 20. März 1914... aus dem Reichsbereich verwiesen.

Die Unabgängigen haben im Senat den Antrag eingebracht, das Staatsministerium zu beauftragen, bei der Reichsregierung auf die Freilassung der 24 russischen Staatsangehörigen (bayerische Lösung einer Selbstschuld) hinzuwirken.

"Dionysos". In feierlicher Einbringung an das Oesterreichische Reich und Werke... Die Untersuchung, die der Verfasser im Buche "Der Rhein" durchgeföhrt hat, ist ein wertvolles Dokument für die bayerische Geschichte...

Die schon dreimal aufgeführte Fiktion in der geschichtlichen Entwicklung... Die Untersuchung, die der Verfasser im Buche "Der Rhein" durchgeföhrt hat, ist ein wertvolles Dokument für die bayerische Geschichte...

Wie schon dreimal aufgeführte Fiktion in der geschichtlichen Entwicklung... Die Untersuchung, die der Verfasser im Buche "Der Rhein" durchgeföhrt hat, ist ein wertvolles Dokument für die bayerische Geschichte...

Wie schon dreimal aufgeführte Fiktion in der geschichtlichen Entwicklung... Die Untersuchung, die der Verfasser im Buche "Der Rhein" durchgeföhrt hat, ist ein wertvolles Dokument für die bayerische Geschichte...

Wie schon dreimal aufgeführte Fiktion in der geschichtlichen Entwicklung... Die Untersuchung, die der Verfasser im Buche "Der Rhein" durchgeföhrt hat, ist ein wertvolles Dokument für die bayerische Geschichte...

Fortführung des Leipziger Kriegsbeschuldigten-Prozesses.

Nach der Abreise der Franzosen. Weitere Zeugenerhebung.

Zu Beginn der heutigen Sitzung teilt der Präsident mit, daß die Verhandlung nicht in der geplanten Weise fortgesetzt werden kann, da die französischen Zeugen auf direkte Anweisung der französischen Regierung abgereist sind... Der Zeuge berichtet weiter über das ständige Anwachsen der Gefangenenzahl und die Ankunft der Russen...

erfüllt haben. Die französischen Gefangenen wollten sich lieber durch deutsche Ärzte behandeln lassen. Bekanntes Beispiel der Gärtnere bemerkt, es sei zwar praktisch gewesen, das Vieh für die Mäher der Gefangenen zu kaufen, doch wurde diese Gefangenen in den Glauben verlehrt worden, daß sie zu wenig Vieh besäßen...

Senatspräsident Dr. Schmidt über die Abberufung.

Das Erlassen der Franzosen.

Senatspräsident Dr. Schmidt, der den Vorfall in dem gegenwärtigen Kriegsbeschuldigtenprozeß vor dem Reichsgericht führt, empfiehlt die Abberufung der Leipziger Juristen... Senatspräsident Dr. Schmidt teilt mit, daß er sich gegen die Abberufung der Leipziger Juristen ausgesprochen hat...

Die vier juristischen Herren, von bis um die zweite Mittagsstunde in Berlin eine amtliche Notifikation der Abberufung der französischen Rechtsvertreter in Leipzig nicht erfolgt.

Die Zensur für Sendungen an Staatsoberhäupter.

Zu der durch die Presse angelegten Frage, daß die Postüberwachungsstelle angefragt sei, ob Briefe von und an regierende und ehemalige regierende Häupter, deren Angehörige und das Personal solcher Stellen nicht zu prüfen, hören die P. P. an zuständiger Stelle, daß die von Reichsfinanzministerium in dieser Angelegenheit ersonnenen Vorschriften ebenfalls regierende Häupter und deren Angehörige überhaupt nicht betreffen...

Revillon im Bosphorus Helborn.

Der Vortrag des berühmten Redners Dr. Helborn, der in dem Bosphorus Revillon... Die Rede des Helborn... Die Rede des Helborn...

Der Orientierungskursus.

Wie uns aus der Orientierungskursus... Der Vortrag des Helborn... Die Rede des Helborn...

Ueber die Entzweiung des jüdischen Theaters.

Wie uns aus der Entzweiung des jüdischen Theaters... Die Rede des Helborn... Die Rede des Helborn...

Wochenblätter Berliner Bühnen.

Wie uns aus der Wochenblätter Berliner Bühnen... Die Rede des Helborn... Die Rede des Helborn...

Die demokratische Reichsvertretung.

Von unserem Korrespondenten.

Auf dem demokratischen Reichstagskongress wurde folgende Entschließung angenommen... Die Entschließung der demokratischen Reichsvertretung...

Englische Passisten in Berlin.

Während diese sechs Anträge sich alle eng an die Friedensbewegung anschließen, haben die folgenden fünf keine direkte Beziehung mehr zu dem englischen Reichstag... Die englischen Passisten in Berlin...

Englische Passisten in Berlin.

Während diese sechs Anträge sich alle eng an die Friedensbewegung anschließen, haben die folgenden fünf keine direkte Beziehung mehr zu dem englischen Reichstag... Die englischen Passisten in Berlin...

Englische Passisten in Berlin.

Während diese sechs Anträge sich alle eng an die Friedensbewegung anschließen, haben die folgenden fünf keine direkte Beziehung mehr zu dem englischen Reichstag... Die englischen Passisten in Berlin...

Englische Passisten in Berlin.

Während diese sechs Anträge sich alle eng an die Friedensbewegung anschließen, haben die folgenden fünf keine direkte Beziehung mehr zu dem englischen Reichstag... Die englischen Passisten in Berlin...

